

BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan¹⁾.

Zollunionspläne zwischen Bulgarien und Jugoslawien. — Die italienisch-jugoslawischen Beziehungen. Balkanentente und Kleine Entente (Tagungen und Beschlüsse). Zweiseitige politische Gespräche und Verhandlungen der Balkanstaaten. Beziehungen der Balkanstaaten zu den Großmächten.

Die Entwicklung der völkerrechtlichen Lage auf dem Balkan hat durch den Abschluß des bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes vom 24. Januar 1937²⁾ und des italienisch-jugoslawischen Bündnis- und Neutralitätspaktes vom 25. März 1937 eine unerwartete Wendung genommen, die die bisherige Auffassung von dem Balkan als dem Schauplatz der unüberbrückbaren Gegensätze zu widerlegen scheint.

Allerdings genügt der Wortlaut eines Vertrages allein nicht, um den zwischenstaatlichen Beziehungen eine konkrete Gestalt zu geben; erst die praktische Anwendung der durch den Vertrag getroffenen Vereinbarungen vermag ihren endgültigen Wert zu zeigen. Unter diesem Gesichtspunkt ist mit Bezug auf den bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt die von dem früheren Minister Jugoslawiens, Dr. Janić, nach seinem Besuch in Sofia Ende März dieses Jahres vor den Pressevertretern abgegebene Erklärung³⁾ bemerkenswert, wonach die Regierungen in Sofia und Belgrad eine Kommission mit der Prüfung der Bedingungen für die Errichtung einer Zollunion zwischen den beiden Staaten beauftragt haben sollen. Der Zollunionsvertrag vom Jahre 1905⁴⁾ zwischen Bulgarien und Serbien soll zum Ausgangspunkt dieser

¹⁾ Letzter Bericht in dieser Zeitschrift Bd. VII, S. 96ff.

²⁾ Diese Zeitschr. Bd. VII, S. 108f.

³⁾ Zeitung »Novosti« (Zagreb) vom 1. 4. 1937, La Parole Bulgare vom 1. 4. 1937.

⁴⁾ Wortlaut des Vertrages in bulgarischer Sprache (der Vertrag war bulgarisch und serbisch gefaßt) in Zankoff, Al.: Die serbo-bulgarischen handelspolitischen Beziehungen. Sonderabdruck aus dem 10. Jahrbuch der Universität Sofia. 1914/15, Hofdruckerei, Sofia 1915, S. 230f. (bulgarisch).

Prüfung dienen. Dieser Zollunionsvertrag vom Jahre 1905, dem schon ein politisches und militärisches Geheimabkommen vom 4. März 1904 und ein Abkommen für kulturelle Zusammenarbeit beider Länder vom gleichen Datum vorangingen, wurde, angeblich unter dem Druck Österreich-Ungarns, von Serbien nicht ratifiziert. Um die Hintergründe dieses Vorgangs hat sich jetzt, anlässlich des neuen Vertragsplanes, eine heftige Diskussion entsponnen. Insbesondere hat der damalige bulgarische Ministerpräsident, Ratscho Petroff, in der Presse auf Vorwürfe gegen die damalige Regierung, sie habe durch die vorzeitige Bekanntmachung des Vertrages seine Verwirklichung vereitelt, geantwortet und zu diesem Zwecke gewisse Enthüllungen gemacht. Er berichtet ¹⁾, daß der damalige österreichisch-ungarische Vertreter in Sofia ihn besucht und ihm den Text des Vertrages mit den Worten in die Hand gedrückt habe: »Dieser Vertrag ist meiner Regierung in Wien von dem dortigen serbischen diplomatischen Vertreter übergeben worden, der gleichzeitig gesagt hat, daß der Zollunionsvertrag von der Skupština nicht genehmigt werden würde, wenn Wien bereit sei, gewisse Erleichterungen bei dem Abschluß des österreichisch-serbischen Handelsvertrags zu gewähren.«

Über die wirtschaftliche Bedeutung des damaligen Zollunionsplanes zwischen Bulgarien und Serbien waren und sind die Meinungen sehr geteilt. Es ist nicht anzunehmen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Zollunion zwischen Bulgarien und Jugoslawien sich heute im Vergleich zu damals grundlegend geändert haben. Die wirtschaftliche Struktur Bulgariens und Jugoslawiens ist, trotz der territorialen Umgestaltung des letzteren, beinahe dieselbe geblieben. Beide Länder sind im großen und ganzen Agrarländer. Beide sind für ihren Warenaustausch auf den ausländischen Markt angewiesen. Soweit eine Industrie in dem einen oder anderen Lande existiert, arbeitet sie zu teuer und bedarf der Protektionszölle. Im Auslande ist sie konkurrenzunfähig. Unter diesen Umständen ist von einer Zollunion auch heute weniger eine wirtschaftliche Belebung als eine kulturelle und politische Annäherung der beiden Länder zu erwarten.

* * *

Im Gegensatz zu dem bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt enthält der italienisch-jugoslawische Bündnis- und Neutralitätspakt vom 25. März 1937 ²⁾ Bestimmungen, die unmittelbar die Regelung konkreter Fragen zum Gegenstand haben. Die politische Bedeutung

¹⁾ Zeitung »Stožer« in Sofia vom 5. 6. 1937. Die Diskussion scheint übrigens noch nicht abgeschlossen.

²⁾ Wortlaut diese Zeitschrift Bd. VII, S. 442 ff., vgl. a. S. 435 f.

des Vertrages ergibt sich aus einer Betrachtung der Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten in den zwei Jahrzehnten vor seinem Abschluß.

Den ersten Anlaß zur Entstehung der nach dem Weltkriege bestehenden Gegensätze zwischen den beiden Ländern gab der geheime Londoner Vertrag vom Jahre 1915 ¹⁾, der den Anteil Italiens an der erhofften Kriegsbeute der Alliierten festlegte. Auf der Friedenskonferenz gelang es den Serben, Kroaten und Slowenen, unterstützt vom Präsidenten Wilson, den Vertrag von London umzustoßen. Italien und die Vertreter der Südslawen wurden auf direkte Verhandlungen verwiesen. Durch den Rapallo-Vertrag vom 12. November 1920 ²⁾ hat Italien auf das ihm in Art. 6 des Londoner Vertrages versprochene Protektorat über Albanien sowie auf seinen Anspruch auf Dalmatien und auf die Neutralisierung der Dalmatinischen Küste, die den Südslawen zufallen sollte, verzichtet. Fiume sollte als freie Stadt organisiert werden. Die Besetzung Fiumes durch D'Annunzio, dessen Entfernung im Jahre 1922 und die Übernahme der Verwaltung der Stadt durch die Faschisten zeigten die Unsicherheit und praktische Unzulänglichkeit der getroffenen Lösung, Fiume als Freie Stadt zu errichten. Eine endgültige Lösung wurde durch den Vertrag vom 27. Januar 1924 zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und Italien ³⁾ erreicht, wonach Fiume zu Italien kam. Im Jahre 1925 sollte dieser Vertrag durch eine ganze Reihe von Abkommen, die sogen. Nettuno-Abkommen vom 20. Juli 1925 ⁴⁾, ergänzt werden, die auch die Regelung der Minderheitenfragen zum Gegenstand hatten. Die Nettuno-Abkommen wurden jedoch von der damaligen Skupština nicht ratifiziert. Die Kroaten sahen in

¹⁾ Diese Zeitschrift, Bd. IV, S. 612. Über die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien von damals vgl. unter anderem: Adriaticus, *La question Adriatique. Recueil des documents officiels.* Paris 1920. J. AnceI, *Les Balkans face à l'Italie,* Paris 1928. H. Baerlein, *The birth of Jugoslavia,* London 1922. G. Benedetti, *La pace di Fiume: dalla conferenza di Parigi al Trattato di Roma,* Bologna 1924. Bernardy e Falorsi, *La questione Adriatica vista d'oltre Atlantico,* Bologna 1924. G. Demorgny, *Danube et Adriatique,* Paris 1934. L. Dillon, *The Peace Conference,* London 1921. G. Federzoni, *Il Trattato di Rapallo,* Bologna 1921. A. Giannini, *Documenti per la storia dei rapporti fra l'Italia e la Jugoslavia,* Roma 1934. *Trattati e accordi per la pace Adriatica,* Roma 1924. Paul Herre, *Weltgeschichte am Mittelmeer,* Berlin 1930. Lansing, *The big four and others of the Peace Conference,* London 1921. *The negotiations of Peace.* New York 1921. Josef März, *Die Adria-Frage,* Berlin 1933. Gabriele Paresce, *Italia e Jugoslavia dal 1915 al 1929,* Firenze 1935. S. Pribicëvitch, *La dictature du roi Alexandre,* Paris 1933. Seton-Watson, *The Balkans, Italy and the Adriatic,* London 1915. C. Sforza, *Pensiero ed azione di una politica estera italiana,* Bari 1924.

²⁾ *Traité d'amitié et de délimitation.* Martens, N. R. G. 3me série, Bd. 12, S. 821 ff.

³⁾ *Traité d'amitié et de collaboration cordiale.* Martens, N. R. G. 3me sér. t. 12, S. 906, nebst *Accord concernant Fiume* vom gleichen Tage, a. a. O. S. 908 ff.

⁴⁾ *Trattati e convenzioni fra il regno d'Italia e gli altri Stati,* herausgegeben vom Außenministerium Rom, Bd. 34, S. 577 ff.

ihnen die Gefahr einer Durchdringung der angrenzenden dalmatinischen Provinzen durch die Italiener, weil die Verträge die Ansiedlung von Italienern in diesen Provinzen ermöglichten.

Die bis dahin getroffenen Abmachungen zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und Italien hatten nicht vermocht, die Gegensätze zwischen den beiden Ländern zu beseitigen und eine Zusammenarbeit zu sichern. Die Rivalität um die Adriatische Küste zeigte sich besonders stark in dem Verhältnis zu Albanien ¹⁾, wo beide Staaten trotz der vertraglichen Anerkennung der Souveränität Albanien (Rapallo-Vertrag) mit allen Mitteln um die Vormachtstellung kämpften. Als im Juni 1924 Achmed Zogu von dem italienfreundlichen Van Noli gestürzt wurde, unterstützte Belgrad Zogu und stellte seine Macht wieder her. Trotz dieser Unterstützung aus Belgrad kam der albanische Herrscher bald in das Fahrwasser der italienischen Politik.

Durch den Vertrag vom 27. November 1926 ²⁾ mit einer Geltungsdauer von fünf Jahren und den Vertrag vom 22. November 1927 ³⁾ mit einer Geltungsdauer von zwanzig Jahren, ergänzt durch das Abkommen vom 29. März 1936 ⁴⁾, hat Italien seine Vormachtstellung in Albanien trotz mancher inzwischen entstandener Gegensätze ⁵⁾ gesichert und den jugoslawischen Einfluß restlos verdrängt.

Die italienische Politik gegen Jugoslawien brachte ein ganzes Netz von Verträgen zustande. Der Freundschaftspakt mit Griechenland vom 23. September 1928 ⁶⁾ sicherte trotz des Korfu-Falles die italienisch-griechische Annäherung und half Griechenland, sich den Ansprüchen Jugoslawiens in der Frage der Freizone in Saloniki ⁷⁾ mit Erfolg entgegenzusetzen. Ein Vertrag mit Rumänien vom 16. September 1926 ⁸⁾ und ein solcher mit Ungarn vom 5. April 1927 ⁹⁾, in dessen Verfolg Ungarn eine Freizone in Fiume erhielt ¹⁰⁾, sowie der Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag mit der Türkei vom 30. Mai 1928 ¹¹⁾ haben das Vertragssystem gegen Jugoslawien abgeschlossen.

¹⁾ Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 611 ff., 878 f.; Bd. VII, S. 97 ff.

²⁾ Martens, N. R. G. 3me sér. t. 17, S. 12; s. a. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 611.

³⁾ Martens, N. R. G. 3me sér. t. 19, S. 7.

⁴⁾ Diese Zeitschr. Bd. VII, S. 97 ff.

⁵⁾ Siehe Durazzo-Fall diese Zeitschr. Bd. IV, S. 611 ff.

⁶⁾ Martens, N. R. G. 3me série, t. 22, S. 19 ff.

⁷⁾ Diese Zeitschr. Bd. II, Nr. 1/2, Teil II, S. 166 ff.

⁸⁾ Pacte d'amitié et de collaboration cordiale entre l'Italie et la Roumanie. (Politische Verträge herausgegeben von V. Bruns, bearbeitet von Georg von Gretschaninow, Bd. I, Berlin 1936, S. 199 f.)

⁹⁾ Traité d'amitié, de conciliation et d'arbitrage, Martens, N. R. G. 3me série, t. 18, S. 31 ff.

¹⁰⁾ Durch Abkommen vom 25. 7. 1927. Trattati e convenzioni fra il regno d'Italia e gli altri stati, Bd. 37, Roma 1933, S. 298 ff.

¹¹⁾ Politische Verträge, Bd. I, S. 237 f., 475.

Diese italienische Politik, die auch Frankreich galt, wurde mit dem Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien und Frankreich vom 11. November 1927 ¹⁾ beantwortet.

Die vorbehaltlose Freundschaft mit Frankreich hielt man allerdings in Belgrad nicht für vorteilhaft, sondern eher für gefährlich. Die Nettuno-Abkommen wurden im Jahre 1928 in Abwesenheit der Kroaten von der Skupština ratifiziert. Diese Wendung wird mancherseits auf einen Druck Englands zurückgeführt, das die Zulassung einer Anleihe für Jugoslawien an der Londoner Börse nur unter der Bedingung gestattet haben soll, daß Jugoslawien seine internationalen Verpflichtungen erfülle ²⁾. Wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden jedoch auch nach dieser Geste der Belgrader Regierung nicht angebahnt. Der Freundschaftspakt zwischen beiden Ländern von 1924 wurde 1929 nicht verlängert, wie man glaubte auf Grund einer Ablehnung seitens Italiens.

Die Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei wird auf die Vermittlung der italienischen Politik zurückgeführt, die ihre Stellung auf dem Balkan festigen wollte. Die Freundschafts- und Bündnisverträge zwischen den Balkanländern (zwischen Griechenland und der Türkei vom 14. September 1933 ³⁾, zwischen Rumänien und der Türkei vom 17. Oktober 1933 ⁴⁾ und zwischen Jugoslawien und der Türkei vom 27. November 1933 ⁵⁾ führten zum Abschluß des Balkanpaktes ⁶⁾, der auch gegen Italien gerichtet war. Die auf Veranlassung der griechischen Regierung erfolgte nachträgliche Auslegung des Balkanpaktes zur Einschränkung seines Wirkungsbereichs auf den Balkan ⁷⁾ kann als ein Erfolg der italienischen Politik bewertet werden.

Die römischen Protokolle vom März 1934 ⁸⁾, von denen die jugoslawische Presse sagte, daß sie Österreich in eine italienische Kolonie verwandelt hätten, haben sich auf die Stimmung in Jugoslawien gegenüber Italien besonders ungünstig ausgewirkt, da man in Belgrad ein Zusammengehen von Italien und Österreich vom militärischen Standpunkt, besonders mit Rücksicht auf einen Angriff an der österreichischen Flanke in der Gegend der Karawanken, als sehr gefährlich ansieht. Darüber hinaus spielte auch die Habsburgerfrage eine Rolle, da sich Italien einer eventuellen Restauration der Habsburger nicht abgeneigt

¹⁾ Politische Verträge, Bd. I, S. 222 ff.

²⁾ Paul Herre, Weltgeschichte am Mittelmeer, Berlin 1930, S. 424.

³⁾ Wortlaut und Erläuterung in dieser Zeitschr. Bd. IV, S. 120 ff.

⁴⁾ Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 123 f.; Martens, N. R. G. 3me sér., t. 30, S. 40 ff.

⁵⁾ Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 126 f.; Martens, N. R. G. 3me sér., t. 31, S. 665 ff.

⁶⁾ Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 319 ff., 608 ff.

⁷⁾ Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 582 ff.

⁸⁾ Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 373 ff.

zeigte. Eine solche Entwicklung der österreichischen Frage bedeutete aber nach der damaligen Erklärung der Kleinen Entente Krieg ¹⁾).

Im März 1935 trat eine bemerkenswerte Änderung in den Beziehungen beider Länder ein. Bei seiner Antrittsaudienz am 15. März 1935 gab der neue italienische Gesandte in Belgrad, Guido Viola Conte di Campalto, entgegen den bisherigen diplomatischen Gebräuchen eine für die politische Einstellung Italiens gegenüber Jugoslawien sehr bedeutsame Erklärung ab ²⁾. Der italienische Regierungschef legt demnach dem neuen Gesandten die Pflicht auf, für eine tatsächliche Annäherung zwischen den beiden Ländern zu arbeiten, indem dieser versichern sollte, daß Italien keine unfreundlichen Absichten gegen Jugoslawien hege, daß es auch nicht wünsche, seine Entwicklung oder seine territoriale Integrität zu stören, daß es im Gegenteil die Absicht habe, alle Voraussetzungen für eine tatsächliche Zusammenarbeit und Verständigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zur Entwicklung zu bringen.

Der Abschluß des italienisch-jugoslawischen Paktes vom 25. März dieses Jahres hat nun die Annäherung zwischen beiden Ländern zum Abschluß gebracht und wieder einmal die enge Verknüpfung der Balkanfragen mit den Fragen der gesamten europäischen Politik gezeigt. Die Lösung der Orientfrage durch die Friedensverträge und das Verschwinden der Umtriebe um den »kranken Mann am Bosphorus« haben die Bedeutung des Balkans für die Großmächte-Politik nicht vermindert. Inwieweit durch den Abschluß des italienisch-jugoslawischen Bündnis- und Neutralitätspaktes eine Kräfteverschiebung auf dem Balkan eingetreten ist, kann nur aus der politischen Umstellung in den Absichten der Vertragspartner und ihrer Verwirklichung ersehen werden, eine Frage, die außerhalb des Rahmens dieser Betrachtungen liegt und zum Teil auch erst durch die Zukunft beantwortet werden wird.

* * *

Im Zusammenhang mit dem Abschluß des bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes und des italienisch-jugoslawischen Bündnis- und Neutralitätspaktes haben die Balkan- und die Kleine Entente und auch die einzelnen Regierungen ihrer Mitglieder eine rege diplomatische Tätigkeit entwickelt.

Die Tagung des Ständigen Rats der Balkanentente fand vom 15.—18. Februar d. J. in Athen statt. Auf der Tagesordnung stand vor allem die Erörterung des Mittelmeerabkommens zwischen England und Italien und des bulgarisch-jugoslawischen Paktes. Das offizielle

¹⁾ Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 104/105.

²⁾ Diese Zeitschr. Bd. V, S. 617f.

Kommuniqué¹⁾ besagt, daß der ständige Rat in einer Atmosphäre der herzlichsten Freundschaft die ganze europäische Lage geprüft und die Einheitlichkeit der Ansichten der Beteiligten festgestellt hat, wobei die Balkanentente weiter dem Völkerbund treu bleiben werde. Das englisch-italienische Mittelmeerabkommen wird als ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Beständigkeit im Mittelmeer bezeichnet, und von dem bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt wird gesagt, daß er dem Zweck der Balkanentente — der Aufrechterhaltung und Konsolidierung des Friedens auf dem Balkan — entspreche und demgemäß einen wertvollen Beitrag für die Errichtung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit der Balkanvölker darstelle.

Die Tagung des Wirtschaftsrates der Balkanentente fand vom 18.—26. März ebenfalls in Athen statt. Gegenstand der Verhandlungen waren die schon von den früheren Tagungen bekannten Fragen über die Erweiterung des Warenaustausches und die Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Partnern und mit dem Ausland. Im Vergleich mit früheren Beschlüssen zeigt das Kommuniqué²⁾, daß die Balkanentente bezüglich der Wirtschaftsfragen noch immer weit von den gewünschten Zielen entfernt ist.

Die Presseunion bei der Balkanentente hat ihre zweite Konferenz gleichzeitig mit der Tagung des Ständigen Rats in Athen abgehalten. Das herausgegebene Kommuniqué besagt:

»La Deuxième Conférence de la P. E. B. émet le vœu que les membres de la P. E. B. déploient tous leurs efforts à ce que:

1. Les journaux de l'Entente balkanique non seulement évitent toute nouvelle ou article défavorable aux pays amis et alliés et dû, soit à leur propre initiative, soit à des emprunts à la presse étrangère, mais aussi publient soit par leur propre initiative, soit par des emprunts à la presse étrangère, toute nouvelle ou article propre à servir les intérêts des pays amis et alliés.

2. Il est hautement souhaitable que des attachés de presse, choisis parmi les journalistes professionnels compétents dans le domaine de la politique étrangère, assurent la liaison avec les organismes de presse des Etats amis et alliés.

3. Il est hautement recommandable qu'il ne soit pas fait usage de nouvelles provenant de sources tendancieuses et surtout lorsque celles-ci contreviennent manifestement aux nouvelles fournies par les agences, les postes de radio, les correspondants compétents à ce sujet³⁾.«

Die Tagung des Ständigen Rats der Kleinen Entente fand am 1. und 2. April in Belgrad statt. Das offizielle Kommuniqué stellt fest, daß die gesamte internationale Lage im Laufe der letzten drei

¹⁾ Le Messenger d'Athènes vom 19. 2. 1937.

²⁾ Le Messenger d'Athènes vom 27. 3. 1937.

³⁾ Le Messenger d'Athènes vom 18. 2. 1937.

Monate eine gewisse Entspannung verzeichne. Mit Rücksicht auf die Außenpolitik wie auch auf die Modalität einer gemeinsamen Aktion haben die drei Partner volle Übereinstimmung ihrer Ansichten erzielt, wobei sie an dem Statut der Kleinen Entente vom 16. Februar 1933 und an der Völkerbundssatzung festhalten und die kollektive Sicherheit als Organisationssystem für ganz Europa als unentbehrlich betrachten. Nebenbei wird auch ein neuer lokaler Pakt gewünscht. Im Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg erklären sie sich für den Grundsatz der Nichteinmischung. Zuletzt bringen sie ihre Zufriedenheit über den Abschluß des bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes und des italienisch-jugoslawischen Bündnis- und Neutralitätspaktes zum Ausdruck, in der Überzeugung, daß diese Pakte einen wirklichen Beitrag für die Konsolidierung des Friedens darstellen. Die besondere Aufmerksamkeit, die die Vorgänge um die Kleine Entente in den letzten Monaten gefunden haben, rechtfertigen es, dieses Dokument im vollen Wortlaut wiederzugeben ¹⁾):

»I. Les trois ministres ont procédé à un échange de vues détaillé portant aussi bien sur la situation générale que sur les questions qui intéressent particulièrement les trois pays de la Petite Entente. L'examen des événements qui, soit par eux-mêmes, soit par leurs répercussions, ont exercé une influence sur l'évolution de ces derniers mois, autorise les trois ministres à conclure à une certaine amélioration de la situation internationale, qui permet d'espérer que, malgré les difficultés qui restent encore à vaincre, la période la plus difficile est déjà dépassée. Il convient particulièrement de signaler, sur le plan économique, la reprise marquée des affaires. Sans négliger les réserves qui sont formulées à ce sujet, il est possible de dire que cette reprise contient les éléments positifs d'une saine et naturelle évolution et constitue ainsi un important facteur d'apaisement général s'ajoutant aux circonstances favorables sur le plan politique.

2. — Tout en estimant qu'il est permis, dans ces conditions, d'envisager l'avenir avec plus de sérénité, le Conseil permanent ne perd nullement de vue les problèmes qui restent posés. Il est, cependant, profondément convaincu que ceux-ci peuvent faire l'objet d'une solution satisfaisante, dans cet esprit de coopération sans lequel il est impossible d'aboutir à un règlement durable des rapports internationaux.

3. — Le Conseil Permanent de la Petite Entente a décidé de maintenir strictement les décisions qui ont été prises pendant les sessions précédentes du Conseil au sujet de différents problèmes internationaux à l'ordre du jour. L'unité de vues entre les trois ministres des Affaires étrangères a été parfaite, tant en ce qui concerne les principes généraux de la politique étrangère des trois Etats, qu'en ce qui concerne les modalités de leur action commune.

4. — Le Conseil Permanent de la Petite Entente constate que la politique des trois Etats de la Petite Entente et leurs rapports mutuels continuent à se développer normalement et constamment dans le cadre

¹⁾ L'Echo de Belgrade vom 8. 4. 1937.

des principes, des méthodes et des buts fixés par le Pacte d'organisation de la Petite Entente du 16 février 1933.

5. — Le Conseil Permanent de la Petite Entente proclame de nouveau le ferme attachement des trois Etats à la Société des Nations et aux principes sur lesquels elle est fondée. Fidèles à ces principes, ils continueront à déployer tous les efforts en vue de contribuer au rapprochement mutuel de tous les pays européens et travailleront comme toujours à faire disparaître toutes les menaces de guerre.

6. — La politique traditionnelle des trois Etats de la Petite Entente est fondée sur l'idée de la collaboration internationale, dont l'élément de base est pour eux leur amitié dévouée, scellée par des engagements d'alliance et par le Pacte d'organisation.

Les rapports d'amitié confiante, la communauté de vues et d'intérêts font de la Petite Entente une unité solide et les liens qui unissent les trois Etats aux pays amis et notamment aux pays de l'Entente balkanique et à la France, qui leur a donné ces derniers temps de nouvelles preuves d'amitié, déterminent exactement le cadre à l'intérieur duquel les trois Etats sont prêts à élargir et à approfondir leurs relations politiques et économiques avec les autres pays et, en premier lieu, avec tous leurs voisins. L'esprit de conciliation qui guide la Petite Entente depuis sa fondation ne saurait cependant être considéré comme un signe de faiblesse, car, de même que par le passé, elle reste pleinement consciente de ses devoirs et de la force qu'elle représente, étant préparée à défendre sans hésitation ses intérêts et ses droits.

7. — L'organisation du système de sécurité constitue un des plus importants problèmes à résoudre. Cette organisation doit englober toutes les régions de l'Europe où la question de la sécurité se pose. Le Conseil reste convaincu que toute solution qui ne tiendrait pas compte de l'interdépendance des sécurités nationales ne pourrait contribuer qu'à créer de nouvelles difficultés et finirait par desservir la cause de la paix. C'est pourquoi les Etats de la Petite Entente expriment leur désir sincère de voir aboutir les négociations engagées entre les grandes puissances en vue d'un nouveau traité de Locarno, qui, une fois terminées avec succès, ne pourront que poser des bases sûres de la paix aussi dans l'Europe centrale et dans l'Europe de l'Est.

8. — Le Conseil Permanent constate que les trois Etats de la Petite Entente restent opposés à tout conflit idéologique international quelconque et refusent de se ranger dans l'un ou l'autre des fronts qui pourraient se former éventuellement. Ils proclament leur conviction que les régimes intérieurs des pays indépendants doivent être l'objet d'un mutuel respect.

9. — Guidés par ces principes, les trois Etats de la Petite Entente soulignent que leur attitude à l'égard des affaires d'Espagne a été nette et cohérente. Ayant appliqué de la manière la plus stricte, depuis le premier jour du conflit, les mesures recommandées par le Comité de Londres, ils accueilleront avec empressement tout nouvel effort qui, en permettant de rendre aussi efficace que possible l'application des règles de non-intervention, circonscrirait un dangereux foyer de conflits possibles.

10. — Le Conseil Permanent de la Petite Entente a examiné en détail les négociations qui ont eu lieu dans les derniers mois entre les membres de la Petite Entente et d'autres puissances. Il constate que certaines de ces négociations, soit économiques, soit politiques, ont déjà abouti à des résultats positifs. C'est dans ce sens qu'il prend acte avec satisfaction

des accords de la Yougoslavie avec la Bulgarie et l'Italie, étant convaincu qu'ils contribueront efficacement au renforcement de la paix. Le respect loyal des engagements constituant l'un des principes intangibles qui guident la politique de chacun des trois Etats, il va de soi que les nouveaux accords ne dérogent en rien aux engagements qui lient entre eux les pays de la Petite Entente.

II. — Le Conseil Permanent de la Petite Entente a pris acte des résultats des travaux de la VIII-ème et de la IX-ème sessions du Conseil économique, les a approuvés et a donné des directives en vue de l'activité future de la Petite Entente économique. «

Im Zusammenhang mit dem Punkt 7 des offiziellen Kommuniqués ist eine Notiz des »Temps« vom 2. 4. 1937 aus Belgrad erwähnenswert, die den Standpunkt der jugoslawischen Regierung in der Frage der gegenseitigen militärischen Hilfeleistung zwischen den Staaten der Kleinen Entente zu kennen glaubt. Es heißt dort:

»Au programme de la conférence actuelle du conseil permanent de la Petite-Entente figure le projet apparu depuis la conférence de Bratislava tendant à étendre à tous les cas d'agression les engagements d'assistance mutuelle entre Etats de la Petite Entente et une proposition ultérieure tendant à associer la France à ce système généralisé de sécurité collective.

On pense généralement que le gouvernement yougoslave est d'avis que la réalisation d'un tel système d'assistance mutuelle n'est pas opportune dans la situation actuelle où elle pourrait être interprétée, notamment à Berlin et à Rome, comme ayant des tendances offensives.

Le conseil permanent de la Petite Entente se bornera donc à prendre acte de l'état actuel de la question, la Tchécoslovaquie n'éprouvant ni l'intention, ni le besoin de forcer la main à la Yougoslavie.

Certains sont d'ailleurs d'avis que l'attitude de la Yougoslavie dans cette question n'est pas sans rapport avec l'état actuel des questions du pacte occidental. Conformément à la doctrine qui est celle de la Petite Entente, la Yougoslavie considère que l'effort franco-britannique d'organisation de la sécurité ne devrait pas se limiter à un nouveau Locarno et que même avec l'appui de la France un système spécial de sécurité centro-européen semble difficilement réalisable sans une collaboration britannique au moins aussi active sur le Danube que sur le Rhin. «

Die Tagung des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente wurde in Dubrovnik vom 15.—21. Februar abgehalten¹⁾. Der Wirtschaftsrat hat verschiedene frühere Initiativen zu Ende geführt, z. B. die Errichtung einer Postunion für die drei Staaten der Kleinen Entente, die am 1. März in Kraft getreten ist²⁾.

* * *

¹⁾ Die geleistete Arbeit im einzelnen ist aus dem amtlichen Kommuniqué ersichtlich: L'Indépendance Roumaine vom 24. 2. 1937.

²⁾ Službene Novine vom 1. 3. 1937.

Neben diesen regelmäßigen Tagungen der beiden Ententen waren die zweiseitigen Besprechungen und Ministerbesuche zwischen einzelnen Partnern dieser Verträge so zahlreich und umfassend, daß zum Teil die Frage berechtigt erscheint, wieweit diese Sonderverhandlungen infolge einer Lockerung im Schoße der betreffenden Entente erfolgten.

Zu erwähnen ist hier zunächst der Besuch des rumänischen Außenministers Antonesco in Ankara in der zweiten Hälfte des März. Das amtliche Communiqué¹⁾ berichtet über die vorhandene Einheitlichkeit der Ansichten in allen erörterten Fragen sowohl bezüglich der gesamten internationalen Lage wie der in Athen von dem Ständigen Rat der Balkanentente gefaßten Beschlüsse und deren Durchführung. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern geprüft und ferner beschlossen, einen Austausch von Professoren und Studenten durchzuführen und Lehrstühle für die türkische und die rumänische Sprache an den beiderseitigen Universitäten zu errichten.

In demselben Monat besuchte der rumänische Ministerpräsident die Tschechoslowakei, wobei vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder, insbesondere die Zahlungsbedingungen für die tschechoslowakischen Kriegslieferungen an Rumänien besprochen wurden. Das Communiqué über den Besuch lautet:

»Le 24 Mars se sont terminées à Prague les conversations entre les présidents du conseil M. M. G. Tataresco et Milan Hodza, auxquelles a participé également le ministre des Affaires Etrangères, M. Camille Krofta.

L'objet de ces conversations a été, en même temps que les questions politiques générales, les pourparlers concernant l'élargissement de la base des rapports commerciaux des deux Etats. Dans ce sens on a entamé des pourparlers sur un accord concernant deux importants articles de production qui occuperont une très grande place dans les rapports économiques des deux pays.

Ensuite, un accord complet et détaillé a été établi au sujet du financement des fournitures tchécoslovaques pour l'armée roumaine.

Les présidents des Gouvernements roumain et tchécoslovaque ont constaté le développement favorable des rapports économiques de leurs Etats et les progrès très importants dans la collaboration non seulement des gouvernements, des corps législatifs et de tous les facteurs officiels des deux Etats, mais encore les progrès de la coopération et des sympathies réciproques de toutes les couches de la population des deux pays.

Ils ont constaté de même que le développement général des deux Etats se fait parallèlement dans le cadre de la Petite Entente et de leurs alliances et qu'il existe entre eux une parfaite communauté d'efforts et de buts. Les deux Présidents du conseil ont apprécié tout aussi chaleureusement les rapports fraternels de leurs deux pays vis-à-vis de la Yougoslavie, avec laquelle ils se sont trouvés et se trouvent dans une complète unité de vues dans tous les domaines de la vie internationale.

¹⁾ L'Indépendance Roumaine vom 21. 3. 1937.

Dans les négociations actuelles de la Yougoslavie et de l'Italie, les présidents des deux gouvernements voient une contribution de première importance pour la consolidation de la paix dans un secteur où tous les facteurs de la Petite Entente l'ont toujours désiré.

De même, les deux présidents du conseil ont discuté longuement les rapports des Etats du bassin danubien et ont constaté une identité de vue absolue des deux gouvernements. Ils sont prêts à désirer, dans le cadre de la politique de la Petite Entente une collaboration féconde de tous les Etats du bassin danubien et ont accentué en même temps que les Etats de la Petite Entente maintiennent avec toute la fermeté leur opposition contre toute tentative de restauration des Habsbourgs⁽¹⁾.

In diesem Zusammenhang ist ferner der Besuch des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik in Belgrad Anfang April d. J. zu erwähnen. Obwohl man gegenüber den Ergebnissen dieses Besuches skeptisch war, da ihm der Besuch von Graf Ciano und der Abschluß des italienisch-jugoslawischen Paktes unmittelbar vorangingen, in der angeblichen Absicht der Belgrader Regierung, die Kleine Entente vor vollendete Tatsachen zu stellen, stellt das offizielle Kommuniqué die enge Freundschaft und brüderliche Verbundenheit beider Völker fest²⁾.

Aus dem Bereich der einzelnen Gespräche zwischen Partnern der Balkanentente verdienen die des türkischen Ministerpräsidenten und des Außenministers mit den Staatsmännern Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands eine besondere Beachtung, die im April in Belgrad, Sofia und Athen stattfanden.

Der Hauptgegenstand der Unterredungen in Belgrad scheint die veränderte politische Lage auf dem Balkan und ihre Rückwirkungen auf den Balkanpakt gewesen zu sein. Das amtliche Kommuniqué läßt allerdings kaum erkennen, inwieweit eine Anpassung des Balkanpaktes an die neue Lage in Belgrad erreicht worden ist. Das Kommuniqué lautet:

»La visite de Son Excellence Monsieur Ismet Inönü, président du Conseil, et de Son Excellence Monsieur Rustu Aras, ministre des Affaires étrangères de Turquie, à Belgrade, a fourni l'occasion d'un échange de vues entre les hommes d'Etat turcs et le président du Conseil et ministre des Affaires étrangères de Yougoslavie, Son Excellence Monsieur le d-r Milan Stojadinović.

Les trois hommes d'Etat ont pu constater une fois de plus, au cours de leurs entretiens, l'harmonie complète des intérêts communs des deux Etats et l'identité parfaite de leurs points de vues sur toutes les questions qui ont fait l'objet de ces entretiens.

Ils ont, en outre, procédé à l'examen de l'état de leurs engagements internationaux découlant des Pactes dont les deux Etats sont signataires ainsi qu'à l'examen de leurs engagements particuliers, tant ceux contrac-

1) L'Indépendance Roumaine vom 27. 3. 1937.

2) L'Echo de Belgrade vom 8. 4. 1937.

tés antérieurement que ceux conclus récemment avec les Etats tiers. Ils ont été heureux de voir que tous ces engagements correspondent entièrement aux buts poursuivis par la politique étrangère des deux Etats dans le cadre de l'Entente Balkanique et conformes aux Pactes de la Société des Nations, et ont constaté que cette collaboration sert le mieux tant les intérêts de leurs pays que ceux de la paix générale¹⁾.

Der am 20. April erfolgte Besuch der türkischen Minister in Sofia wurde als Ausdruck einer Annäherung zwischen Bulgarien und der Türkei angesehen. Besonders optimistisch äußerte sich die Belgrader Presse, und das Organ des rumänischen Auswärtigen Amtes — L'Indépendance Roumaine²⁾ — sprach von einer Achse Belgrad-Sofia-Ankara.

Einer Annäherung oder Verständigung zwischen Sofia und Ankara stehen eigentlich außer der Frage der Entschädigung der bulgarischen Flüchtlinge aus Thrazien und der Frage der Auswanderung der türkischen Stammesgenossen aus Bulgarien, keine Streitgegenstände im Wege. Die seit 1933 eingetretene Spannung zwischen beiden Ländern³⁾ gleich nach dem Besuch des damaligen bulgarischen Ministerpräsidenten in Ankara beruht weniger auf irgendwelchen unlösbaren konkreten Gegensätzen, als auf der Absage Bulgariens sich dem türkisch-griechischen Paktsystem von damals anzuschließen. Die Türkei suchte den Ausgleich bei den Nachbarn Bulgariens zu finden, und so kamen, neben dem griechisch-türkischen Vertrag, noch die Freundschaftsverträge zwischen der Türkei und Jugoslawien und der Türkei und Rumänien vom Jahre 1933⁴⁾, denen der Balkanpakt mit seinen Geheimprotokollen⁵⁾ folgte, und die ausschließlich gegen Bulgarien gerichtet waren.

Der jetzige Besuch zeigt, daß sich die Lage etwas geändert hat, nachdem eine Entspannung in den Beziehungen der beiden Länder schon zur Zeit der Konferenz in Montreux zur Regelung der Meerengenfrage sichtbar war, wo Bulgarien sich den türkischen Wünschen sehr entgegenkommend zeigte⁶⁾.

Trotzdem dürfen die Aussichten dieser Entwicklung nicht ohne Beachtung der Atmosphäre beurteilt werden, in der sich die in Athen geführten Unterredungen der türkischen Minister mit dem Regierungschef Griechenlands vollzogen. Ihr Charakter wird durch die geradezu überschwengliche Ansprache gekennzeichnet, die der Präsident der Türkischen Republik telefonisch aus Ankara an seine Minister und an den griechischen Ministerpräsidenten richtete⁷⁾. Eine

1) L'Echo de Belgrade vom 21. 4. 1937.

2) L'Indépendance Roumaine vom 23. 4. 1937.

3) Diese Zeitschr. Bd. V, S. 618 f.

4) Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 120 ff.

5) Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 608 ff.

6) Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 723 ff.

7) Le Messager d'Athènes vom 26. 5. 1937, The Times vom 25. 5. 1937.

besondere politische Bedeutung kommt dabei jener Äußerung zu, die von der Einheitlichkeit der Grenzen der verbündeten Balkanstaaten spricht: »Les frontières des Etats balkaniques alliés constituent une frontière unique. Ceux qui auraient des visées sur cette frontière s'exposeraient aux rayons brûlants du soleil et je leur conseille de prendre garde. Fondée sur cette base, l'amitié balkanique gagnera en plénitude et en cela consistent ses buts humanitaires et civilisateurs.«

Die Bedeutung dieser Erklärung des Präsidenten der Türkischen Republik ergibt sich auch aus der gegenwärtigen Lage der Beziehungen beider Länder. Die seit einigen Jahren angebaute Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der Türkei äußert sich in allen Fragen, die zwischen den beiden Ländern zu regeln sind. So wird auch jetzt nach einer Pressemeldung aus Ankara über die Arbeiten der Delegationen in Konstantinopel zur Regelung des Polizeidienstes auf der Eisenbahnstrecke an der Grenze bei Adrianopel hervorgehoben, daß die Arbeiten sich in einer sehr freundlichen Atmosphäre entwickeln und in vielen Punkten schon eine Übereinstimmung erzielt worden sei ¹⁾.

Bulgarien und Griechenland haben dagegen noch immer keine normalen nachbarlichen Verhältnisse geschaffen. Der Geist des Friedensvertrages lastet — abgesehen von dem bewaffneten Konflikt im Jahre 1925 — noch immer auf den Regierungen beider Staaten und auf ihren Völkern. Seine Auswirkung zeigte sich in der Spannung, die aus der Absage Bulgariens, nach dem Hoover-Vertrag noch weitere Reparationen an Griechenland zu zahlen, entstand. Griechenland, dem 76 % der gesamten bulgarischen Reparationsleistungen zugesprochen waren, weigerte sich seinerseits, seiner Verpflichtung aus dem Vertrag über die Entschädigung für das Eigentum der bulgarischen Flüchtlinge nachzukommen. Darüber hinaus brach Griechenland die Handelsbeziehungen mit Bulgarien ab und entfesselte den Handelskrieg. Bulgarien konnte sich jedoch in Folge seiner reichen landwirtschaftlichen Möglichkeiten auf den Weltmarkt umstellen und hat den durch den Verlust des griechischen Marktes zugefügten Schaden bald wieder ausgeglichen.

Seit kurzem sollen bessere Perspektiven für die gegenseitigen Beziehungen entstanden sein. Die in den letzten Monaten erfolgten gegenseitigen Besuche der bulgarischen und griechischen Intellektuellen zeigen eine günstigere Atmosphäre an. Ferner soll der bulgarische Gesandte in Athen dem griechischen Ministerpräsidenten den Vorschlag zum Abschluß eines Handelsvertrages gemacht haben. Während allerdings in Athen dieser Antrag nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als politischer Annäherungsversuch ausgelegt worden sei, bestehe in Sofia die Auffassung, daß Bulgarien keine Veranlassung habe, Griechen-

¹⁾ Le Messager d'Athènes vom 23. 5. 1937.

land einen ähnlichen Pakt, wie den kürzlich mit Jugoslawien abgeschlossenen, anzubieten, da der Belgrader Pakt für die Zwecke der Bulgarischen Politik vollkommen genüge¹⁾. Ein wirklicher Schritt zur Besserung der Verhältnisse stellt jedoch die Abschaffung der rofachen Zölle auf die bulgarische Einfuhr in Griechenland dar, wenn auch diese Maßnahme für die Wiedergewinnung des griechischen Marktes für Bulgarien keine praktische Bedeutung hat.

In ähnlicher Richtung bewegt sich die Entwicklung der bulgarisch-rumänischen Beziehungen. Seit dem Kriege stehen auch diese unter dem Zeichen einer dauernden Spannung, ihre wunde Stelle bildet die Minderheitenfrage.

Wie bekannt, hat Rumänien versucht, durch eine Agrarreform in der Süd-Dobrudscha²⁾ nicht nur den ethnischen Charakter dieser Provinz zu seinen Gunsten umzubilden, sondern auch die Entwicklungsbedingungen der bulgarischen Bevölkerung dort zu erschweren. Darüber hinaus haben Maßnahmen auf kulturellem Gebiet die bulgarische Bevölkerung ihrer Kirchen, Schulen und jeder anderen Einrichtung für den Unterricht in der Muttersprache beraubt, die von der bulgarischen Bevölkerung gebildeten Kulturvereine zum Schutz der völkischen Kultur und Individualität, insbesondere zur Erhaltung der bulgarischen Privatschulen, wurden durch die Behörden als unvereinbar mit den Interessen des Staates und des Herrenvolkes aufgelöst³⁾, Hunderte von Bauern bulgarischer Nationalität wurden in den letzten Monaten, angeblich wegen kommunistischer Agitation, ins Gefängnis geworfen. Die inszenierten Massenprozesse⁴⁾ haben, wenn auch ein großer Teil der Angeklagten wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, ihre Wirkung nicht verfehlt.

Ein neuer Vorstoß gegen die Minderheiten in Rumänien wird nun durch den Gesetzentwurf über die Anwendung des numerus clausus in den wirtschaftlichen Unternehmungen unternommen. Die wichtigste Bestimmung dieses Gesetzentwurfs stellt Artikel 14 dar, der folgenden Wortlaut hat:

»In den Unternehmungen, wo das investierte Kapital im ganzen oder überwiegend national ist, soll die Verteilung des Personals (nach der Nationalität) folgende sein: a) der Verwaltungsrat und die Direktion sollen wenigstens 60% Rumänen enthalten, b) das ganze Personal der übrigen Kategorien soll zu 75% aus Rumänen bestehen. Das in diesen Bestimmungen als nicht rumänisch bezeichnete Element kann zu den rumänischen Minderheiten (d. h. zu den nationalen Minderheiten, deren Mitglieder rumänischer Staatsangehörigkeit sind) gehören.«

Damit werden die Angehörigen der Minderheiten in Rumänien entgegen der ihnen durch den Minderheitenschutzvertrag gegebenen Garantie

1) Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. 3. 1937.

2) Diese Zeitschr. Bd. II, Nr. 3/4, Teil I, S. 521 ff.

3) Zeitung Dobrudžanski Glas, Bazargic (Rumänien) vom 30. 4. 1937.

4) Dobrudžanski Glas vom 31. 3. 1937 und 20. 6. 1937.

der Gleichberechtigung den Mehrheitsangehörigen gegenüber diskriminiert¹⁾. Man muß sich allerdings fragen, wie weit man in Rumänien bei der Bildung seiner Rechtsanschauungen in dieser Hinsicht überhaupt von dem Minderheitenschutzvertrag ausgeht²⁾. Wenn z. B. der bekannte rumänische Staatsmann und Gelehrte, Professor Jorga, in der Sitzung des Senats am 29. Januar — anlässlich der Aussprache über den Protest des ruthenischen Vertreters gegen die Beeinträchtigungen der Ruthenen auf kulturellem Gebiet, insbesondere gegen die Wegnahme der ruthenischen katholischen Kirche in Maramuresch und ihre Übergabe an die orthodoxen Rumänen — wörtlich erklärte: »Dans les églises ruthènes on commence le service en langue roumaine pour le continuer aussitôt après en langue ruthène. Et dans chaque village, le chef irredentiste russe est le prêtre«³⁾, und wenn er dies als einen Vorwurf ruthenischer Verfehlungen verstanden wissen wollte, so muß gefragt werden, wie aus diesen Tatsachen angesichts des Minderheitenschutzvertrages ein Vorwurf begründet werden kann⁴⁾.

Als positive Leistung im Bereiche der bulgarisch-rumänischen Beziehungen ist dagegen die am 25. 5. 1937 erfolgte Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens⁵⁾ für die Dauer von 7 Jahren zu erwähnen.

* * *

Aus dem Bereiche der Beziehungen der Großmächte zu den Balkanstaaten endlich ist der Besuch des polnischen Ministerpräsidenten und des Präsidenten der Republik Polen hervorzuheben. Wie das veröffentlichte Communiqué zeigt, ist der Gegenstand der Unterredungen die Befestigung des polnisch-rumänischen Bündnisses und eine entsprechende Regelung aller daraus sich ergebender Fragen gewesen. Nach einer Aufzählung der verschiedenen früher stattgefundenen Besprechun-

¹⁾ Vgl. Nation und Staat, Mai 1937, S. 527 ff.

²⁾ Vgl. Nation und Staat, April 1937, S. 456 ff.

³⁾ L'Indépendance Roumaine vom 31. I. 1937.

⁴⁾ Art. 8 Abs. 3 des Minderheitenschutzvertrages vom 9. 12. 1919 (Martens, 3. N. R. G., Bd. 13, S. 532) lautet:

«Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant roumain d'une langue quelconque soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse ou de publications de toute nature, soit dans les réunions publiques.»

Art. 9 desselben Vertrages lautet:

«Les ressortissants roumains appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants roumains. Ils auront, notamment, un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.»

⁵⁾ La Parole Bulgare vom 26. 5. 1937.

gen und Verhandlungen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und ihre Fortführung schließt die Verlautbarung mit den Worten:

S. E. M. J. Beck et S. E. M. Victor Antonesco ont été d'avis que dans les circonstances actuelles plus que jamais — les difficultés qui peuvent surgir dans l'ordre international doivent être examinées avec calme et patience et, dans ce but, ils ont décidé de se maintenir dans le contact le plus étroit et de procéder le plus souvent à des échanges de vues entre eux.

Im Mai stattete weiter der italienische Außenminister Graf Ciano einen Besuch in Tirana ab. Nach den im März vorigen Jahres getroffenen Abmachungen zwischen Albanien und Italien ist dieser Besuch nur als Zeichen der Courtoisie anzusehen. Der bald nach der Reise Cianos nach Tirana in Süd-Albanien ausgebrochene bewaffnete Aufstand, und zwar unter der Führung des Innenministers in der vorigen Regierung, Toto, ist jedoch ein Zeichen für die noch immer bestehenden Gegensätze im Lande bezüglich seiner Leitung, vielleicht auch in außenpolitischer Hinsicht (vgl. diese Zeitschr. VII, S. 97).

Zum Schluß seien auch die Besuche des Außenministers des Deutschen Reiches in Belgrad und Sofia im Laufe des Juni erwähnt. Aus den veröffentlichten Kommuniqué ist der Wille des Deutschen Reiches zur Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Balkan und zu enger Mitarbeit für den Frieden in Europa zu ersehen.

(Abgeschlossen am 15. Juni 1937.)

Lubenoff.

Chronik der Staatsverträge

I. Politische Verträge

Am 8. Mai 1937 ist in Montreux zwischen *Ägypten* einerseits, *Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, dem Irischen Freistaat, Italien, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, der Südafrikanischen Union* und den *Vereinigten Staaten von Amerika*¹⁾ andererseits das in dem britisch-ägyptischen Bündnisvertrag vom 26. August 1936²⁾ vorgesehene, unten S. 606 abgedruckte *Abkommen über die Aufhebung der Kapitulationen in Ägypten*³⁾ abgeschlossen worden, über das oben S. 503 ff. berichtet ist.

¹⁾ *Canada* hat sich an der Konferenz von Montreux nicht beteiligt, sich aber in einem Briefwechsel mit dem Präsidenten der Konferenz vom 14. April 1937 [Cmd. 5491, S. 71] bereit erklärt, jede Regelung anzunehmen unter der Bedingung, daß ihm dieselben Rechte wie den Vertragsstaaten zugebilligt würden.

²⁾ Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 745, 778.

³⁾ Text: Documents Parlementaires, Sénat de Belgique 1937, No. 231, S. 13 ff., Documentation Internationale 1937, Nr. 35/6, S. 62 ff.